

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 7

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

War in der ersten Hälfte der Sommersession bei der Diskussion über die Landwirtschaftspolitik bereits deutlich geworden, daß der Weg zu grundsätzlichen Lösungen noch steinig und lang ist, hat sich dieser Eindruck bereits in der zweiten Sessionshälfte bei der Behandlung des ersten konkreten Problems noch verstärkt. Die Debatte und das Ergebnis der Beratungen über die *Abänderung des Milchbeschlusses* sind dadurch gekennzeichnet, daß sich in den eidgenössischen Räten gegenwärtig keine Mehrheit für eine klare und konsequente Konzeption zur Behebung der Milchschwemme finden läßt. Es sei ohne weiteres eingeräumt, daß weder der Antrag des Bundesrates noch derjenige des Ständerates eine dauernde und saubere Lösung darstellten. Es galt aber für die Dauer des Milchbeschlusses noch ein Maximum an Wirksamkeit herauszuholen. Selbstverständlich gehört die Förderung des Milchabsatzes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln – allenfalls auch eine großzügige verbilligte Abgabe an die Schuljugend – zu den vordringlichsten Aufgaben, nicht zuletzt auch im Interesse der Volksgesundheit. Damit allein aber wird man der Überproduktion, die etwa 300 Millionen Liter beträgt, nicht Herr werden. Unerläßlich sind Maßnahmen, welche die Bauern zur Anpassung ihrer Produktion an die Marktlage bewegen. Am besten, aber auch am einschneidendsten hätte sich ohne Zweifel eine Senkung des Produzentenpreises ausgewirkt. Wenn der Bundesrat aus Rücksichtnahme auf die Bauern und von der Regelung des bestehenden Milchbeschlusses her vorschlug, der Rückbehalt sei von 3 auf 6 Rappen zu erhöhen, wollte er damit die Produktion indirekt und mit einer weniger harten Maßnahme lenken. Diese Absicht ist im Parlament – auch in unserer Fraktion – zuwenig erkannt und gewürdigt worden. Wohl geht es vor allem darum, die Überlieferer, die sogenannten Bahnhofbauern, zu bestrafen, indem ihnen der Rückbehalt nicht mehr ausbezahlt wird. Mindestens so bedeutsam wäre aber die allgemein produktionshemmende Wirkung der Erhöhung des Rückbehaltes gewesen. Ob mit der nun beschlossenen Fassung, Belassung des Rückbehaltes auf 3 Rappen und nachträgliche Abgabe von 3 Rappen durch die Überlieferer eine auch nur einigermaßen spürbare Wirkung erzielt wird und wie nach über einem Jahr die zusätzlichen Beträge eingetrieben werden sollen, wird die Zukunft zeigen.

Die *Basler Wiedervereinigungsfrage* hat im Nationalrat zu einer ebenso langen wie zum Teil recht scharfen Auseinandersetzung geführt. Daß die Diskussion sich dabei nicht nur auf die im gegenwärtigen Zeitpunkt allein zu

entscheidende staatsrechtliche Frage, ob den beiden ergänzten Kantonsverfassungen von Baselstadt und Baselland, welche die Grundlage einer Wiedervereinigung schufen, die Gewährleistung gewährt werden kann oder nicht, beschränkte, war verständlich. Über die juristische Kernfrage waren sich – ausnahmsweise einmal – alle namhaften Juristen einig, insbesondere darüber, daß auf den Nichtgewährleistungsbeschluß von 1948 zurückgekommen werden darf und daß die beiden kantonalen Verfassungsänderungen mit der Bundesverfassung nicht in Widerspruch stehen. Es ging wohl vorerst bloß um diese rein formale Rechtsfrage der eidgenössischen Gewährleistung. Damit ist aber die hochaktuelle politische Frage der tatsächlichen Wiedervereinigung noch nicht entschieden, wenn auch – den weitem Entscheid der beiden Basel vorbehalten – weitgehend präjudiziert. Es ist erfreulich, daß der Rat sich schließlich mit 111 gegen 15 Stimmen für die Gewährleistung aussprach. Damit ist der Weg für die Basler Wiedervereinigung, die sich aus wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen aufdrängt, frei.

Einen bescheidenen Schritt in der Erleichterung der Stimmabgabe bringt das einstimmig angenommene *Bundesgesetz über die Einführung der vorzeitigen Stimmabgabe bei eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen*. Die Kantone sind nun ermächtigt, die vorzeitige Stimmabgabe an einem oder mehreren der vier dem Abstimmungssonntag vorangehenden Tage für das ganze Kantonsgebiet oder für einzelne Gemeinden anzuordnen. Bedeutsamer aber ist, daß bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen auf alle Fälle an zwei dem Abstimmungssonntag vorausgehenden Tagen Gelegenheit zur Stimmabgabe gewährt werden muß in Gemeinden mit über 800 Stimmberechtigten, sofern mindestens 30 Stimmberechtigte das spätestens drei Wochen vor der Abstimmung verlangen. – Nun bleibt nur noch zu hoffen, daß auch die von Bundesrat von Moos in Aussicht gestellte Vorlage bald vorliegt, die den Kranken und Invaliden die Möglichkeit zur Ausübung des Stimmrechts bringt.

Erfreulich ist der Sieg des Nationalrates in der Frage der *Teuerungszulagen an das Bundespersonal*. Letztes Jahr war im Parlament heftig darüber gestritten worden, wer in Zukunft zur Regelung dieser Teuerungszulagen zuständig sein solle. Der Bundesrat hatte damals diese Kompetenz an sich ziehen wollen, wobei ihm der Ständerat beipflichtete, währenddem der Nationalrat diese Lösung konsequent ablehnte. Nun hat der Bundesrat in seiner neuen Botschaft vom 1. April kapituliert, und in der vergangenen Session haben beide Räte der alten Ordnung, nach welcher das Parlament über die Teuerungszulagen zu befinden hat, zugestimmt. Dieser Entscheid respektiert die Verfassung; denn die Teuerungszulagen sind ein Teil – wenn auch der flexible – der Saläre. Aber auch aus praktischer Sicht heraus, insbesondere vom Standpunkt der Arbeitnehmer aus, ist es von einiger Bedeutung, wer die Lohnpolitik im Bunde bestimmen soll.

Bemühend dagegen ist die Tatsache, daß um die Ratifizierung des internationalen Übereinkommens über die *Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit* seit bald zehn Jahren gekämpft werden muß und daß gewisse Kreise gegen dieses selbstverständliche Postulat nicht nur Sturm laufen, sondern sogar im Parlament noch Erfolge zu erzielen wissen. So haben die Räte eine Ratifizierung dieses Übereinkommens in früheren Jahren abgelehnt. In der Frühjahrssession hatte der Nationalrat nun mit 96 Ja gegen 14 Nein endlich zugestimmt, sehr zum Mißfallen der Ständekammer, welche wiederum ablehnte. Auch in der Sommersession konnte keine Einigung erzielt werden. Der Nationalrat hielt zwar an seinem Genehmigungsbeschluß fest und stellte sich mit 93 Ja gegen 44 Nein hinter seinen ersten Beschluß. Genosse Hermann Leuenberger hatte in einem eindrucklichen Votum die Situation treffend dargestellt: Das Abkommen bringt zunächst keine gesetzliche Verpflichtung, sondern nur eine Empfehlung an die Wirtschaft. Selbst die konsequente Anwendung des Grundsatzes «Gleiche Leistung – gleicher Lohn» würde, da es nur relativ wenige Anwendungsfälle gibt, die Wirtschaft nur unbedeutend belasten, das heißt eine Steigerung des gesamten Lohnniveaus um nur 1 Prozent bewirken. Dagegen wäre moralisch sehr viel gewonnen, indem den Frauen für ihre Arbeitsleistungen die volle Anerkennung gezollt würde. Nachdem Bundesrat Chaudet bereits an der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf als «sozialpolitischer Bremser» aufgetreten ist, sollten wir uns nun nicht noch den Witz leisten, zwar die Diskriminierung der Neger in der Schweiz zu verurteilen (mit der Ratifizierung des Abkommens Nr. 111), dagegen die Diskriminierung der Schweizer Frauen in der Arbeit weiter zu dulden (durch Ablehnung der Ratifizierung des Abkommens Nr. 100). Der Ständerat hat sich im Anschluß an den Entscheid des Nationalrates diesen Witz nun allerdings geleistet, indem er mit 21 gegen 17 Stimmen wiederum Ablehnung der Ratifikation beschloß. Bei solchen knappen Abstimmungsergebnissen zeigt sich besonders eindrucklich, wie wichtig eine gerechte Vertretung der Sozialdemokratie auch in der Ständekammer wäre.

Eines der wichtigsten innenpolitischen Probleme, das gegenwärtig eine breite Öffentlichkeit bewegt, ist die *Armeereform*. Darüber, daß im Gefüge unserer Armee gewisse Neuerungen unumgänglich sind und daß eine neue Konzeption gefunden werden muß, sind sich alle Kreise einig. Über die Richtung und den Umfang der Reformen gehen die Meinungen dagegen stark auseinander, und über die neue Konzeption bestehen ganz verschiedene Vorstellungen. Materiell sei im Moment zu den aufgeworfenen Fragen noch nicht Stellung genommen. Hingewiesen werden muß jedoch auf einen wichtigen Punkt, welcher den Ablauf der Diskussion betrifft. Der Entscheid über die Armeereform steht dem Parlament zu. Bei ihm liegt daher auch die volle Verantwortung. Es geht dabei nicht bloß um rein technische Fragen, deren

Beantwortung das Privileg von Sachverständigen ist. Ein hochpolitischer Entscheid, der im Volke draußen verantwortet und begründet werden kann, steht bevor. Somit muß dem Parlament zumindest die Möglichkeit einer umfassenden, gründlichen und möglichst vielseitigen Prüfung der komplexen Materie geboten werden. Es war daher völlig unverständlich, daß der Chef des Militärdepartements einem Oberstdivisionär, der nicht die Meinung des EMD vertritt, untersagte, seinen Standpunkt auf Einladung hin einer Fraktion der Bundesversammlung zu begründen. Es bedurfte einer energischen Intervention sämtlicher Fraktionen und der Militärkommission, bis der Bundesrat Ende Juni das Redeverbot der Heereseinheitskommandanten fallen ließ, wobei die Möglichkeit der Meinungsäußerung dieser Offiziere stark verklausuliert ist. Entscheidend ist, daß wenigstens den Mitgliedern der eidgenössischen Räte damit eine umfassende Information zugänglich gemacht wurde. Die sozialdemokratische Fraktion wird am 20. August eine außerordentliche ganztägige Fraktionssitzung abhalten, um über die gegensätzlichen Meinungen zur Armeereform gründlich orientiert zu werden. *A. Sch.*

Außenpolitik

Die Berichtsperiode war gekennzeichnet durch *Krisenerscheinungen in den beiden «Blöcken»*, die heute die Weltpolitik bestimmen. Das nach außen gezeigte Bild der Einheit hat im Westen wie im Osten sichtbare Einbußen erlitten und hat die Existenz von andern Kräften aufgezeigt, die den Herrschern dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges zu schaffen machen.

Während *Eisenhower* auf seiner Besuchsreise in Ostasien auf den Philippinen, auf Formosa und in Südkorea mit echter wie auch mit gutorganisierter Begeisterung empfangen worden ist, haben in Japan temperamentvoll aufgezoogene Demonstrationen den Besuch des amerikanischen Präsidenten verhindert. Pazifistisch fühlende Massen, vor allem akademische Jugend und ein zahlenmäßig großes akademisches Proletariat, haben von einem kommunistischen Führungskader geschickt eingesetzt werden können, und konservative Kreise haben in ihrer Abneigung gegen die Weißen unverhohlene Sympathie für die ungewohnte Auflehnung gefunden. Daß das Land im ganzen gesehen von dieser Welle nicht erfaßt ist, haben seither abgehaltene Wahlen bewiesen, bei denen die herrschende Liberale Partei ihre Stellungen hat halten können. Es muß aber zu denken geben, daß sich gegen die Kundgebungen in Tokio und Hiroshima keine namhaften Gegenkräfte haben finden lassen, weder in der Presse noch im Volke selber. Die Selbstverständlichkeit, mit der Japan als «sicherster Bundesgenosse» Amerikas im Fernen Osten eingeschätzt worden ist, muß aufgegeben werden, und es wird eine der wesentlichsten Aufgaben der amerikanischen Außenpolitik sein, den nun

ratifizierten amerikanisch-japanischen Sicherheitspakt durch eine innere Aufwertung aus dem Range eines Nonvaleurs in ein wirkliches Bündnis zu erheben.

Auch der *Osten* hat seine Sorgen. Nach dem brüsken Abbruch der Pariser Gipfelkonferenz ist auch die *Genfer Abrüstungskonferenz* durch einen gut vorbereiteten Auszug der Ostländer aufgefliegen. Die Russen haben nach der Behandlung ihres Abrüstungsplanes keine Gelegenheit zur öffentlichen Diskussion der westlichen Vorschläge geben und schon gar nicht ernsthaft über einen Kompromiß diskutieren wollen.

Chruschtschew hat nach seiner Rückreise im Mai in Moskau zuerst die *Moskauer Machtverhältnisse* wieder bereinigen müssen. Höchste Führer wie der Chef des Gosplanbüros und der erste Moskauer Parteisekretär sind auf Botschafterposten abgeschoben worden, während Kiritschenko seinen Abstieg aus den letzten leitenden Positionen auskosten mußte.

Von entscheidender Bedeutung aber ist in diesem Zusammenhang die Tagung der kommunistischen Weltprominenz in *Rumänien*. Vorgängig dieser Zusammenkunft hat eine *Pressefehde zwischen Moskau und Peking* auf eine große Auseinandersetzung in der Internationale des Kommunismus schließen lassen. War Chruschtschew schon vorher nicht stark genug, seine Gipfelpolitik durchzusetzen, und hat er darum die Pariser Konferenz so abrupt abbrechen müssen, so hat auch der russische Auszug an der Abrüstungskonferenz einen inneren Zusammenhang mit dem (ideologisch getarnten) Kampf um die Macht im Ostblock. In Bukarest ist den traditionellen Thesen der russischen «Friedenspolitik» der sicherlich von China durchgesetzte Zusatz beigefügt worden, daß «gleichzeitig mit der friedlichen Koexistenz» auch der Möglichkeit für die Arbeiterklasse Rechnung getragen werden müsse, «die sozialistische Revolution auf nichtfriedlichem Wege triumphieren zu lassen». So offen hat nicht einmal Stalin seine Politik umschrieben. Wie es China in der Praxis meint, hat es gerade in den letzten Wochen wieder in Tibet und bei Grenzverletzungen gegenüber Nepal und natürlich gegenüber den nationalchinesischen Inseln bewiesen.

Mit diesem Rückfall in das *Denken der voratomaren Zeit* hat der wieder heftiger heraufbeschworene Kalte Krieg an Gefährlichkeit zugenommen. Die Reisen Mikojans und Chruschtschews nach Norwegen und Österreich haben in einer Atmosphäre der Gereiztheit stattgefunden. Dabei hat vor allem die sozialdemokratische Regierung Norwegens bei aller Wahrung der Höflichkeit dem russischen Vizeministerpräsidenten eine Haltung von undramatischer Festigkeit gezeigt, die wohlthuend von den so oft geübten Kraftmeiereien absticht und gerade in Moskau ihren Eindruck um so weniger verfehlen wird.

In diesen Spannungsbereich hinein gehören auch die Bemühungen in *Deutschland* um eine *gemeinsame Außenpolitik*. Die SPD hat mit dieser Forderung einen Wunsch des ganzen Volkes in Westdeutschland ausgespro-

chen und hat damit eine derart gute Resonanz gefunden, daß die CDU Mühe hat, die autoritäre Führung Adenauers zu behaupten. Dabei sieht Adenauer in dieser Beziehung (für seine Partei) durchaus richtig, denn wenn er einmal die SPD nicht mehr in den Geruch der Unzuverlässigkeit gegenüber dem Osten bringen kann, ist es um die Mehrheit der CDU/CSU geschehen, und das innenpolitische, insbesondere das soziale Geschehen in Deutschland hat dann mit markanten Veränderungen zu rechnen.

Frankreich ist von neuen Auseinandersetzungen bedroht. Einerseits fallen die rechtsextremen Kreise von de Gaulle ab und beginnen sich stärker in eigentlich faschistischen Gruppierungen zu sammeln, während auf der Linken die Geduld langsam ausgeht. Die Lasten des Algerienkrieges drücken auf die Dauer allzusehr, und die heute immer noch kraß ungerechte Lastenverteilung in Frankreich stellt die Geduld der Werktätigen auf eine harte Probe. Die bereits anhebenden Streikbewegungen lassen erkennen, daß es mit der Langmut des «Français moyen» allmählich zu Ende geht. Beim Kongreß der SFIO hat es sich denn auch gezeigt, daß Mollet seinen Kurs an der Seite de Gaulles nicht bis in alle Ewigkeit wird steuern können. Der Abfall von Gazier, Deferre und Pineau wiegt schwerer als frühere Sezessionen, und die Weigerung Vincent Auriols, weiterhin im Verfassungsrat mitzuwirken, hat ein weites Echo gefunden.

Auch *Italien* hat seine sozialen Kämpfe. Die schon lange bestehende trügerische Ruhe, die innere Spannungen verbarg, ist unterbrochen worden durch die faschistische Provokation mit dem Genueser Kongreß. Die im Zusammenhang damit aufgeflackerten Gegenbewegungen haben in verschiedenen Städten, vor allem in Genua, Mailand, Reggio Emilia, Rom und Palermo, zu tätlichen Auseinandersetzungen geführt, die zum Teil sogar Todesopfer zur Folge hatten.

Als beruhigend kann dagegen die *Einigung auf Zypern* vermeldet werden. England gibt sich mit kleineren Stützpunkten zufrieden, und Makarios und Kütschük streben, einstweilen noch gemeinsam, die Unabhängigkeit der strategisch so wichtigen Insel im östlichen Mittelmeer an.

Die Halbjahreswende war ein *bedeutsamer Zeitpunkt für Afrika*. *Ghana* hat die Oberherrschaft der britischen Krone abgeschüttelt. Der belgische *Kongo* hat seine Unabhängigkeit erlangt und ist prompt in innere Unruhen zurückgefallen. Auch in Ostafrika ging der Zusammenschluß des früher britischen mit dem früher italienischen *Somaliland* nicht ganz ohne Schwierigkeiten vor sich, während *Madagaskar* eine losere Verbindung zu Frankreich erlangen konnte. Die Abschüttelung der Kolonialherrschaft macht deutliche Fortschritte. Bleiben wir uns bewußt, daß es auch in Europa und Amerika nicht ohne Pulverdampf abging, wenn früher unterdrückte Völker oder Klassen ihr Schicksal in die eigenen Finger nahmen.

Dabei zeigt der *indische Fünfjahresplan*, der jetzt zu laufen beginnt, daß unserer Zeit eine gewaltige Aufbauarbeit bevorsteht. Labour hat, als es an der Regierung war, den Augenblick zur Freigabe dieses Riesenreiches erfaßt. Es wäre nicht auszudenken, wenn eine konservative Regierung damals mit ihrem Beharrungsvermögen einen solchen Schritt nicht getan hätte und damit dem weißen oder dem gelben Kommunismus eine unglaubliche Chance gegeben hätte.

Die *Labourbewegung* Englands macht heute eine Krise durch. Sie hat in *Aneurin Bevan* just den Mann verloren, der am besten die auseinanderstrebenden Kräfte hätte wieder vereinigen können. Den intellektuellen Führern mißtrauen weite Kreise in der Arbeiterschaft, während der Mittelstand nicht gewonnen werden kann mit den radikaleren Zielen der einseitigen Atomabrüstung und der weiteren Sozialisierung neuer Industriezweige. Ohne diesen Mittelstand gibt es keinen Wahlsieg, weil heute ein schöner Teil der Berufsarbeiter mittelständisch denkt, wie eine gründliche Analyse des Denkens der englischen Wähler erwiesen hat. Labour leidet damit unter den gleichen Schwierigkeiten, die sich dem Sozialismus in andern westeuropäischen Ländern stellen: die wirtschaftliche Besserstellung weiter Kreise ist innerlich weder durch die Stimmbürger noch durch die Partei in allen Teilen verdaut worden. Der Klärungsprozeß, der in manchen Landesparteien durch Programmrevisionen begonnen hat, fordert weitere Besinnung auf die Formen, in denen die Menschheitsideale der sozialistischen Bewegung in der sich wandelnden Gesellschaft Gestalt finden müssen. *Max Schärer*

DISUKSSION

OTTO BÖNI

Klassen- oder Gruppeninteressen

Genosse Gerteis kommt in seinem interessanten Artikel «Die neue Klasse – im Westen» in der «Roten Revue», Nr. 5, 1960, zu folgenden Schlußfolgerungen: «... daß in Großbritannien heute 70 Prozent der Bevölkerung zum Mittelstand gezählt werden müssen, und zwar weniger nach ihrem Einkommen beurteilt, sondern nach ihrem ganzen Lebensstil, Konsumaufwand (Autos, Fernsehen, Vergnügen), ihrer Auffassung des Familienlebens, ihrem Streben usw.» Es ist also nicht in erster Linie das Einkommen für den Aufstieg in die «Mittelstandsklasse» entscheidend, sondern das scheinbare Verschwinden des einstigen Proletariats und die Verbürgerlichung der arbei-